

**Liebe Mitglieder des LSBB,  
Werte Gäste,**

**seit unserem Plenum am 16.07. wurden im Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat weitreichende Beschlüsse beraten bzw. gefasst, die immer auch eine seniorenpolitische Relevanz besaßen.**

**Darüber und über die weiteren Schwerpunkte unserer Tätigkeit im LSBB haben wir uns auf den Vorstandssitzungen am 22.07. und 26.08. sowie am 26.08. in der AG Koordinierung der Senatsverwaltung ASGIVA verständigt.**

**Gemeinsam mit dem Bündnis für ein soziales Berlin rief der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin für den 11. September 2025, zur Kundgebung vor dem Berliner Abgeordnetenhaus für die Sicherung einer sozialen Infrastruktur auf. Anlass war die Beratung des Doppelhaushalts 2026/2027.**

**Bekannt ist, dass im laufenden Haushaltsjahr 2025 bereits drei Milliarden Euro gekürzt wurde. Das hatte drastischen Folgen für soziale Projekte, insbesondere bei freien Trägern. Leidtragende sind Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen in prekären Lebenslagen. Sie verlieren wichtige Angebote, Anlaufstellen und Perspektiven.**

**Auch wir, der LSBB unterstützen die Forderung, nach klaren Perspektiven und verlässlicher Handlungssicherheit für soziale Organisationen und freie Träger. Die älteren Menschen brauchen die sozialen Angebote und die Einrichtungen.**

**Über 100 Verbände, Träger, Gewerkschaften, Betriebsräte und Tarifkommissionen haben sich daher im Bündnis für ein soziales Berlin zusammengeschlossen. Gemeinsam machten 4000 Teilnehmer\*innen mit dem Slogan, „Berlin ist unkürzbar“ deutlich: Wir stehen zusammen gegen Kürzungen und für ein soziales Berlin!**

**Auch die kommenden Jahre verheißen keine Kehrtwende – wenngleich der großzügig mit Schulden finanzierte Doppelhaushalt 2026/27 keine weiteren Kürzungen vorsieht. Doch zusätzliches Geld für den Sozialbereich wird es auch nicht geben. Eine Nullrunde gleicht die Defizite jedoch nicht aus.**

**Es gilt also weiter die Forderungen gegen über dem Gesetzgeber, dem Abgeordnetenhaus zu vermitteln. Soziale, kulturelle, ökologische und andere Teilhabestrukturen sind abzusichern und auszubauen. Dazu ruft das Bündnis zur Kundgebung am 10.10., 14:00 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus auf.**

**Für uns sind die Einzelpläne 11 (SenASGIVA) und 09 (SenWGP) von Interesse.**

**Für 2026 sieht der Haushaltsplanentwurf beim Kapitel 1150 Titel 54010 für 2026 der SenASGIVA keinen Ansatz für die Weiterentwicklung der Leitlinien der Seniorenpolitik vor. Erst für 2027 sind wieder Finanzmittel eingeplant (70.000 €). Angesichts der Neuwahlen der Seniorenmitwirkungsgruppen 2027 ist fraglich, ob in diesem Jahr eine vollständige Nutzung des Haushaltsansatzes möglich sein wird.**

**Der Doppelhaushalt ist auch für die Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes von entscheidender Bedeutung. Im Ergebnis eines Austausches am 04.07.2025, mit den Seniorenorganisationen der Parteien, Senioren-Union Berlin CDU, AG 60plus SPD, Landesarbeitsgemeinschaft Graue Igel, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Berlin, Landesarbeitsgemeinschaft Senior\*innenpolitik DIE LINKE Berlin, Landessenorenvertretung und Landessenorenbeirat haben die Teilnehmenden ein gemeinsames Kommuniqué an Senat und Abgeordnetenhaus gerichtet, beschlossen. Darin verweisen sie angesichts der Erarbeitung des Doppelhaushalts 2026/2027 auf die prioritäre Vorlage eines Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhaus. Gelingt dies nicht, ist das novellierte Gesetz eine leere Hülle mit Alibifunktion - das ist abzulehnen!“ Eine Reaktion darauf ist uns nicht bekannt. Wir fordern daher, dass im Doppelhaushalt bereits finanzielle und personelle Ressourcen vorgesehen und eingeplant werden.**

**Wenn dies nicht erfolgt, wird die im Jahr 2026 geplante Novellierung erst im nächsten Doppelhaushalt 2027/2028 wirksam.**

**Die Aufwendungen für die Mitglieder des neuen gemeinsamen Landesgremiums, die Aufwandspauschalen, die einzurichtenden Geschäftsstellen mit einer Personalstelle in den Bezirken, die Vereinfachung der Briefwahl, die einheitliche finanzielle Grundausstattung u.v.m. sind jetzt nicht im Entwurf enthalten.**

**Erfreulicherweise erhalten wir Unterstützung aus der Stadtgesellschaft. Der Bezirkssenorenarbeitskreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat einen Antrag an die Bezirkskonferenz des DGB Berlin-Brandenburg gestellt, in dem Forderungen des novellierten Seniorenmitwirkungsgesetz enthalten sind. Die Bezirkskonferenz soll sich gegenüber dem Senat und dem AGH für stärkere Mitwirkungsrechte der Seniorenvertretungen einsetzen.**

**Die Bezirke müssen bis 6. Oktober 2025 dem AGH ihre Haushaltspläne für 2026 / 2027 vorlegen. Bisher liegen aus sieben Bezirken die entsprechenden Entwürfe vor. Die AK Bezirkshaushaltspläne und Produktkatalog der Bezirke sichtet die Entwurfspläne insbesondere im Hinblick auf die seniorenpolitischen Ziele und Vorgaben für die Altenhilfe (Altenhilfeplanung und -koordination, altersgerechte Strukturdaten) nach § 71 SGB XII: Nach den bisherigen Erkenntnissen der AK bleiben die Bezirke weit hinter den Zielen und Erfordernissen der Seniorenpolitik zurück.**

**Im Nachgang zur Sitzung des Begleitgremiums zur Erarbeitung des Berliner Altenhilfestrukturegesetzes hat eine Konsultation mit der Frau Staatssekretärin Haußdörfer stattgefunden, an der Herr Bender, Herr Jetschmann und Herr Stawenow teilnahmen. In dem einstündigen Gespräch wurde nochmals ausdrücklich bestätigt, dass alle Seiten alles dafür tun werden, um den Referentenentwurf endlich auf den Weg zu bringen.**

Ein wichtiger Schritt zur finanziellen Absicherung der Einzelfallhilfen war die Einordnung der 1,6 Millionen durch SenWGP in die Haushaltsanmeldung für 2027 und deren Berücksichtigung im Doppelhaushaltsplanentwurf, der am 11. September zur 1. Lesung im Abgeordnetenhaus war. Die Unterarbeitsgruppen haben mit dem externen Dienstleister weiter an Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung des §71 SGB XII unter den Bedingungen des Land Berlin gearbeitet. Es geht vor allem darum, Strukturen der Altenarbeit zu erhalten und nach Bedarf entsprechend den Möglichkeiten stufenweise mit entsprechenden Standards zu planen bzw. auszugestalten. Bevor sich das Abgeordnetenhaus mit unserem Anliegen beschäftigt, soll noch geklärt werden, ob ein Extra-Gesetz „Gutes Leben im Alter“ oder ein Landesausführungsgesetz, wie als Entwurf des LSBB vorgeschlagen, eingebracht wird. Politik und Verwaltung haben die Absicht bekräftigt, bis zu den Wahlen am 20. September 2026 das in der Koalitionsvereinbarung abgegebene Versprechen, einzulösen.

Die AG Produkte der Altenhilfe bei der SenWGP hat in zwei Sitzungen sich mit dem Produkt Altenhilfeplanung und -koordination – 81153 – nach erhobenen Bedenken der SenFin befasst. Die Finanzverwaltung bezweifelt wesentliche Inhalt des Produkts und stellt damit die weitere Finanzierung der Positionen der Altenhilfekordinatorinnen in den Bezirken in Frage. Die SenWGP wird sich in Abstimmung mit der AG erneut schriftlich an die SenFin wenden, um die Tätigkeiten der Beschäftigten weiterhin sicherzustellen.

Liebe Mitglieder des LSBB,  
wir hatten nach mehreren Plenartagungen der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt mitgeteilt, dass wir auf die Beibehaltung der Straßen mit Tempo 30 statt 50-km/h bestehen. Es ist die beste Unfallprävention, insbesondere für Ältere.

Nun fällt Tempo 30, gleichwohl geplant, nicht an allen 41 Straßen. An sieben Abschnitten bleibt es aus Gründen der Luftreinhaltung, weil Grenzwerte hier noch überschritten werden. An elf weiteren Abschnitten besteht das Limit aus Gründen der Verkehrssicherheit weiter, etwa weil es an den Straßen Seniorenheime oder Kitas gibt. Übrig bleiben 23 Straßenabschnitte, an denen tagsüber nun wieder Tempo 50 gilt. Senatsmitarbeiter überprüften alle Strecken noch einmal, ob dort hochfrequentierte Schulwege liegen.

Im Ergebnis bleibt Tempo 30 bei 18 Straßen und nur noch auf 23 Abschnitten gilt künftig wieder das 50-km/h -Limit, wenn auch nur tagsüber.

Nicht das was wir wollten, aber eine Verbesserung.

Liebe Mitglieder des LSBB,

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass LSBB und LSV in der Berliner Stadtgesellschaft sehr gefragt sind.

So haben wir wieder zahlreiche Einladungen zu Veranstaltungen und Aktionen

**von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft erhalten.**

**Eine Auswahl:**

**-Grüne Anhörung zum BaumEntscheid,**

**Donnerstag, 18. September 2025, 18:00-21:00 Uhr**

**taz Kantine, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin**

**-Einladung zur Feier 15 Jahre Kontaktstelle PflegeEngagement, 06.10.2025**

**14:00-16:00 Uhr, Brandenburger Tor.**

**-Abschlussveranstaltung Modellprojekt „Soziale Schuldnerberatung für Senior\*innen, 14.11.,10:00-15:00 Diakonie**

**Bitte nehmen Sie zukünftige Einladungen wahr und berichten Sie dem Vorstand über die Ergebnisse. Dann kann dieser Bericht des Vorstandes mit weiteren Informationen bereichert werden.**

**Eveline Lämmer**

**Vorsitzende**